

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postcheckkonto: Dresden 33 327 Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Bezugspreis (in R.M.) halbjährlich ins Haus gebracht 1 R.M., für Selbstabholer 90 Pfg., — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechitzel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Prossen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke, Inh. Walter Hieke

Verantwortlich: Walter Hieke.

Anzeigenpreis (in R.M.): Die 7 gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Aufträge 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Richterlichen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisföhrung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 213

Bad Schandau, Donnerstag, den 11. September 1930

74. Jahrgang

Wahltag — Zahltag.

Laut genug wird seit Wochen „getrommelt“! Aus den Spalten der Zeitungen, an den Anschlagstufen oder den Wänden der Häuser, an erlaubten und unerlaubten Stellen — überall wird dem deutschen Staatsbürger oder der wahlberechtigten Staatsbürgerin das Wort zugerufen: „Wählt! Wählt! Wählt!“ Man kennt das ja schon zur Genüge, denn wenn der Deutsche an allem möglichen Mangel leidet, — an allzu seltenen Wahlen leidet er nicht! Und da hört man jetzt im Kreis der Bekannten und Freunde, am Stammtisch oder bei sonstigen Gelegenheiten, wo ernsthafteste Männerworte getauscht werden, immer häufiger das Wort: „Ich gehe überhaupt nicht wählen!“

„Gründe“ für diese seltsame Art politischer Enthaltung glaubt man ja zahlreiche zu haben und jener, der sich wegen der Verkündung seiner politischen Abstimmung noch für ausnehmend klug hält, streut mit diesen „Gründen“ freigebig um sich.

Dabei mag nun einer dieser „Gründe“ einen Augenblick ins Auge gefasst werden, weil er einerseits diesmal sozusagen „originell“ ist und zweitens von Wirksamkeit auf die Wahlbeteiligung — aber im verneinenden Sinne! — sein könnte. Außerdem, weil man ihn etwas ernsthafter nehmen könnte als die sonstigen „Gründe“ dieser Art, durch welche die — Wahlfaulheit oder die staatspolitische Kurzsichtigkeit, ja Pflichtvergessenheit des Nichtwählers wirklich nicht mehr verdeckt werden können.

Niemals wie gerade vor der diesmaligen Reichstagswahl sind die seit zehn Jahren ziemlich festen — vielleicht allzu fest gewordenen — Grenzen fast aller nichtsozialdemokratischen Parteien derart zerbrochen worden: Neubildungen entstanden, suchten neue Grundlagen und Programme, neue Abgrenzungen und Ziele für ihr politisches Wollen. Das erschwert dem Wähler, der ja unter dem noch bestehenden Wahlrecht bei der Stimmabgabe an die Parteien gebunden ist, mehr als je die Stellungnahme am 14. September, macht besonders dem nachdenkenden, dem politisch wirklich interessierten Wähler die Wahl zur Qual. Und gerade diesen wieder mag trotz vielleicht vorhandener Unzufriedenheit mit seiner alten Partei nicht bloß das Mißtrauen gegen eine neue von der Wahlurne fernhalten, sondern auch der Rest einer inneren Gebundenheit, einer Art „Treue“ gegenüber jener Partei, der er bisher folgte. Dann wählt er lieber — gar nicht. Das mag menschlich, namentlich aus deutschen politischen Anschauungen über Parteiwesen heraus, zu verstehen sein, — nur staatspolitisch ist es nicht zu entschuldigen. In Frankreich und in England wird eben der Mann gewählt, nicht die Partei, und niemand hat es dort z. B. dem jetzigen französischen Außenminister verübelt, daß er sich während seiner politischen Laufbahn von der radikalsten Linken bis zur sehr gemäßigten Mitte durchgemauert hat. Aber in Deutschland wählt man, muß wählen: die Partei.

Deren gibt es ja genug in Deutschland und zwei Dutzend findet der Wähler auf dem Stimmzettel, der ihm am 14. September in die Hand gedrückt wird. Aber offenbar sind es immer noch nicht genug! Angesichts dieser Zersplitterung, die sich ja auch im praktischen politischen Leben auswirken muß und daher immer zu Kompromissen föhrt und führen wird und muß, ist auch der besonders beliebte „Grund“ für Wahlenthaltung, nämlich der Vorwurf des „Verfagens“ einer Partei, nichts als Kurzsichtigkeit. An und für sich sollte ja der Wahltag ein „Zahltag“ sein, an dem der Wähler seine Zustimmung oder seine Ablehnung gegenüber der in der letzten Wahlperiode getriebenen Politik und den Trägern dieser Politik, also den dafür verantwortlichen Parteien, zum Ausdruck bringen soll. Das ist wegen der bekannten Ereignisse und Entwicklungen der letzten Monate aber heute kaum möglich. Doch es kommt noch etwas anderes hinzu, was eigentlich den Wähler und die Wählerin geradezu weg zur Wahlurne heranzwingen müßte. Parteiprogramme sind eine wunderschöne Sache. Nur pflegen sie sich notwendigerweise in ziemlich allgemeinen Ausdrücken zu bewegen. „Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen!“ Zur Politik des Tages, besser gesagt: der unmittelbaren Zukunft sind nun aber in einer ganzen Reihe genau festgelegte Absichten — „Programme“ — aufgestellt worden; bekanntlich gilt das ebenso für die Regierung bzw. die bisher hinter ihr stehenden Parteien wie für die Opposition. Das dürfte die Qual der Wahl unfreilich erleichtern und mildern, die Entscheidung darüber, wie man wählen soll, klären, — wobei doch vor allem aber wirken müßte, daß diese Programme und ihre Durchführung auf das tiefste in das besondere wirtschaftliche Dasein nicht bloß jedes einzelnen, sondern des ganzen Volkes eingreifen!

Dies und nicht bloß die verfassungsmäßige Feststellung, daß das deutsche Volk das politische Selbstbestimmungsrecht und damit auch die politische Selbst-

verantwortung besitzt, macht mehr denn je das Wahlrecht zur Wahlpflicht, trotz vielfacher Mängel des Wahlsystems, die aber nun einmal da sind und die man im Augenblick nicht wegwünschen kann. Gerade dieses selbstverantwortlichen Volkes ist es einfach unwürdig, daß Millionen Deutscher dieses Rechtes, in dem eine Pflicht liegt, sich leichtfertig und kurzfristig entäußern. Wer diese Pflicht veräußert, hat später zu allererst auch das Recht, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und über den Lauf der Dinge nach der Wahl zu schelten! Im alten Athen konnte der Bürger, der im Streit der Parteien nicht Stellung nahm, durch Volksabstimmung in die Verbannung geschickt werden.

So hart verfuhr man damals in dieser Republik mit den Laien, den Gleichgültigen. Uns Deutschen bleibt nur möglich, zu mahnen, da eine Wahlpflicht formell noch nicht eingeführt ist: Es geht um die eine Sache, deutscher Staatsbürger, deutsche Staatsbürgerin, geht um deine Sache mehr vielleicht denn je! Und nichts kann dir den Vorwurf, nicht bloß dein höchstes Recht, sondern auch deine oberste Pflicht als Staatsbürger vernachlässigt zu haben, vor allen deinen pflichtbewußten Mitbürgern ersparen, wenn du am 14. September nicht zur Urne gehst willst! An diesem Tage ist die Entscheidung über dein Schicksal in deine eigene Hand gelegt!

11. Vollversammlung des Völkerbundes

Die Wahl des Präsidiums

Ehrung Stresemanns

Genf, 11. September.

In der Völkerbundsversammlung haben die deutschen Delegierten entsprechend der Sitzordnung in der Reihenfolge des französischen Alphabets wiederum ihre Plätze in der ersten Reihe eingenommen. Unmittelbar vor der Präsidententribüne, auf der der Generalsekretär des Völkerbundes mit dem stellvertretenden Generalsekretär, den drei Untergeneralsekretären sowie dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Platz genommen haben. In der Versammlung sieht man u. a. den belgischen Außenminister Hymans, den südafrikanischen Ministerpräsidenten, General Herkog, den Premierminister von Australien, Scullin und den österreichischen Bundeskanzler Schöberl. Für England sind außer Henderson wie im Vorjahre der Präsident des Handelsamtes Graham und Lord Robert Cecil erschienen. Griechenland ist durch den Ministerpräsidenten Venizelos und Politis vertreten. Ungarn durch den ehrwürdigen Grafen Albert Apponyi. Alle europäischen Staaten sind durch ihre Außenministervertreter, die schon mit Rücksicht auf die europäische Konferenz nach Genf gekommen sind.

Die Eröffnung

In der Eröffnungsansprache warf der vorläufige Präsident der Völkerbundsversammlung Zumea einen Rückblick auf die Arbeit des Völkerbundes seit der letzten Völkerbundsversammlung.

Er gedachte mit Worten der Zustimmung der Initiative Briands zur Befriedigung der Beziehungen der europäischen Staaten und widmete den seit der letzten Tagen verstorbenen Staatsmännern und Mitarbeitern des Völkerbundes, vor allem dem deutschen

Außenminister Stresemann,

herzliche Worte der Anerkennung. Im letzten Jahre, so führte er aus, betrat Stresemann dieses Podium, um uns wiederum seinen Glauben an das Werk auszusprechen, dessen entscheidendste Augenblicke dieser Versammlung in historischer Stunde miterlebt hat. Als Patriot wußte er, daß das Wohl jeden Landes seit 1914 unauf löslich verbunden ist mit dem Wohl der Gesamtheit der Nationen, und wir wissen, wie sein Patriotismus gestärkt und geadelt wurde durch seine männliche und aufrichtige Hingabe an die Sache der Völkerverständigung. Die Erinnerung an ihn bedeutet die höchste Steigerung der Innigkeit der Wünsche für die Vollendung der unausweichlichen Aufgabe, die sein Leben verkürzte und seinen Ruhm vermehrte.

Der Ratspräsident gedachte weiter Fritsjo Nanens, des unerschrockenen Vorkämpfers des Fortschrittes der Menschheit und des Friedens und des Fürorgers für Millionen von Kriegsoffern, ferner Lord Balfours, eines der ersten Staatsmänner, der rückhaltlos den Völkerbund mit seiner großen Autorität unterstützt habe.

Titulescu Präsident.

Die Vollversammlung des Völkerbundes wählte nun im geheimen namentlicher Abstimmung mit 46 von 50 abgegebenen Stimmen den rumänischen Gesandten in London, Titulescu, zum Präsidenten der diesjährigen Vollversammlung.

Titulescu hielt die übliche Eröffnungsrede des Präsidenten, entgegen dem sonstigen Brauch, frei, ohne die Unterlagen des Völkerbundssekretariats. Er dankte für die seinem Lande erwiesene Ehrung. Der Völkerbund habe dieses Jahr schwere politische und wirtschaftspolitische Aufgaben zu lösen. Die Weltwirtschaftskrise drohe zu einem Rückgang der europäischen Kultur zu führen. Es sei jetzt Zeit, zur Tat zu kommen. Er hoffe, daß die dies-

jährigen Entschlüsse der Völkerbundsversammlung Taten sein würden.

Nach der Wahl des Präsidenten nahm die Bundversammlung die Konstituierung der verschiedenen Aus-



Der Rumäne Titulescu, der diesmalige Vorsitzende der Völkerbundsversammlung.

schüsse und die Verteilung der einzelnen Punkte der Tagesordnung auf die Kommissionen vor. Gegen Abend soll eine zweite Sitzung des Völkerbundes stattfinden. Der deutsche Außenminister Dr. Curtius will dann mit Briand und Scialoja über die Regelung der Saarbahnschulfrage berichten. Briand will Donnerstag seine Rede zur Europafrage halten.

Das Präsidium der Völkerbunds-Versammlung.

Die Vollversammlung des Völkerbundes nahm am Mittwoch die Wahl der Vizepräsidenten vor. Gewählt wurden Dr. Curtius, Briand, Henderson, der spanische Botschafter in Paris, Quinones de Leon, der japanische Botschafter in London, Matsubara, und der bolivianische Vertreter Costa du Reis. Dem Präsidium gehören ferner die ebenfalls am Mittwoch gewählten Vorsitzenden der sechs Völkerbundsaußenkommissionen an.

Der „deutsche Tag“ in Genf

London, 11. September.

Der Verlauf der ersten Genfer Beratungen gibt der Londoner „Morningpost“ Veranlassung, festzustellen, daß Deutschland entschlossen sei, seinen Standpunkt in den Fragen der Minderheiten, der Berichtigung bestehender Grenzen und der Revision der Friedensverträge durchzubrüden. Es herrsche in Genf die starke Ueberzeugung, daß der von Dr. Curtius vertretene Standpunkt unter den Völkerbundsdelegierten Boden gewinnt und sich schließlich durchsetzen werde. Italien würde bereits jetzt als deutscher Verbündeter in der Frage der Revision der Verträge genannt. Die von Dr. Curtius bei der Erörterung der Frage der Union zwischen Tanganjika und den britischen Besitzungen Kenya und